Ressort: Vermischtes

Bericht: 13 Gefährder seit Jahresbeginn abgeschoben

Berlin, 22.04.2017, 15:28 Uhr

GDN - Deutschland hat seit Jahresbeginn 13 islamistische Gefährder in ihre Herkunftsländer abgeschoben. Das ergab eine Recherche der "Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung" bei den Innenministerien aller Bundesländer.

Insgesamt gibt es gut 100 ausreisepflichtige Gefährder in Deutschland. Die größte Gruppe - "über 30 Prozent" - seien Türken, wie die Zeitung aus Sicherheitskreisen erfuhr. Etwa ein Viertel stamme aus den Staaten Nordafrikas. Jeder Achte komme aus Russland. Bei ihnen handele es sich in der Mehrzahl um Tschetschenen. Von den 13 Gefährdern, die abgeschoben wurden, stammten sieben aus Tunesien, jeweils einer komme aus Algerien, Marokko, Nigeria, dem Irak, Serbien und der Türkei, berichtet die Zeitung weiter. Vier islamistische Gefährder seien aus Baden-Württemberg abgeschoben worden, jeweils zwei aus Berlin, Hamburg und Sachsen, jeweils einer aus Nordrhein-Westfalen, Niedersachsen und Thüringen. Baden-Württemberg habe insgesamt vier tunesische Gefährder abgeschoben. Die letzte Abschiebung eines Tunesiers habe am 18. April stattgefunden, wie die F.A.S. erfuhr. Um die Sicherheit seiner Bürger zu gewährleisten, schöpfe das Land "die rechtlichen Möglichkeiten voll aus", sagte der baden-württembergische Innenminister Thomas Strobl (CDU) der Zeitung. Der Attentäter Anis Amri, der im Dezember in Berlin beim Anschlag auf den Weihnachtsmarkt am Breitscheidplatz zwölf Menschen tötete, kam aus Tunesien. Die Bereitschaft Tunesiens zu kooperieren, habe sich "vor dem Hintergrund der tragischen Ereignisse am Breitscheidplatz - jedenfalls im Hinblick auf islamistische Gefährder - deutlich gebessert", sagte ein Sprecher des Berliner Innensenators. Als Gefährder stuft die Polizei Extremisten ein, denen sie zutraut, einen Anschlag zu begehen. Das Bundesinnenministerium zählt derzeit 950 islamistische Gefährder und als ähnlich gefährlich betrachtete "relevante Personen". Doch nur gut hundert Personen können abgeschoben werden. Denn rund zwei Drittel der Gefährder und relevanten Personen sind deutsche Staatsbürger. Von den Verbleibenden ist wiederum nur ein Drittel ausreisepflichtig, teilte das Bundesinnenministerium der Zeitung mit.

Bericht online:
https://www.germandailynews.com/bericht-88376/bericht-13-gefaehrder-seit-jahresbeginn-abgeschoben.html

Redaktion und Veranwortlichkeit:
V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDStV:

Haftungsausschluss:
Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:
United Press Association, Inc.
3651 Lindell Road, Suite D168
Las Vegas, NV 89103, USA
(702) 943.0321 Local
(702) 943.0233 Facsimile
info@unitedpressassociation.org
info@gna24.com
www.gna24.com